

NACHRICHTEN

Regierung wirbt für ein Bargeld-Limit

Die Bundesregierung will mit einer europäischen Obergrenze für Bargeldgeschäfte Kriminellen den Geldhahn zudrehen. „Wir können uns eine Obergrenze vorstellen in der Größenordnung von 5000 Euro“, sagte Finanzstaatssekretär Michael Meister. Deutschland werde alleine handeln, sollte es auf EU-Ebene keine Einigung geben. In einer Studie, auf die sich die Regierung berief, wird der Umfang der Geldwäsche in Deutschland auf jährlich über 100 Milliarden Euro geschätzt. dpa, Kommentar Seite 14

Rewe droht mit Klagen gegen Supermarkt-Fusion

Der Rewe-Konzern will Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) in letzter Minute von einer Sondererlaubnis für die umstrittene Fusion der Konkurrenten Edeka und Kaiser's Tengemann abbringen. Rewe macht dazu in einer Stellungnahme an das Wirtschaftsministerium massiv Front gegen eine Ministererlaubnis für die Supermarkt-Ehe und behält sich einen Gang vor das Oberlandesgericht Düsseldorf vor. „Eine Ministererlaubnis kann nicht erteilt werden“, heißt es in dem Schreiben. rtr

Berliner Charité lässt sich von Coca-Cola finanzieren

Die Berliner Universitätsklinik Charité hat sich über fünf Jahre mit insgesamt einer Million Euro von Coca-Cola sponsern lassen. Der Soft-Drink-Konzern finanziert ausgerechnet Forschungsprojekte und eine Plattform zum Thema Herzerkrankungen – für deren Entstehung zuckerhaltige Getränke mitverantwortlich sind, erklärte die Verbraucherorganisation Foodwatch. Das gehe um einer Aufstellung von Coca-Colas sogenannten „Gesundheitspartnerschaften“ hervor, die der Konzern nach Aufforderung von Foodwatch offengelegt hat. afp

Amazon will angeblich 400 Buchläden eröffnen

Der Online-Einzelhändler Amazon plant dem Chef des zweitgrößten amerikanischen Einkaufszentren-Betreibers zufolge die Eröffnung einer eigenen Ladenkette. „Wie ich höre, peilen sie 300 bis 400 Buchläden an“, erklärte Sandeep Mathrani von General Growth Properties während einer Konferenzschaltung mit Analysten. Amazon betreibt bislang einen einzigen Buchladen in seiner Heimatstadt Seattle. rtr

VW verkauft in den USA erneut weniger Pkw

Vor dem Hintergrund des Skandals um manipulierte Abgaswerte bei Dieselmotoren hat Volkswagen in den USA im Januar erneut deutlich weniger Autos verkauft. Mit 20079 verkauften Neuwagen sei der Absatz um 14,6 Prozent gegenüber dem Vorjahresmonat zurückgegangen, teilte die US-Tochter von VW mit. Es ist für VW bereits das dritte Minus in Folge. Die Verkäufe waren im November um 24,7 Prozent und im Dezember um 9,1 Prozent zurückgegangen. afp

„Die Ungerechtigkeit ist spürbar“

IG-Metall-Vorstand Urban fordert eine paritätische Finanzierung der Krankenkassen

Herr Urban, in der SPD gibt es unterschiedliche Ansichten darüber, ob man die Forderung nach der Wiedereinführung der paritätischen Finanzierung in der Krankenversicherung jetzt auf die Tagesordnung setzen oder das Thema besser zur Profilierung im Wahlkampf nutzen sollte. Was ist Ihre Meinung?

Die rasche Beseitigung einer eklatanten Gerechtigkeitslücke ist für die Sozialdemokraten auch wahltaktisch die bessere Lösung. Wenn die SPD vorweisen kann, diese Ungerechtigkeit aus der Welt geschafft zu haben, wird ihr das im Wahlkampf mehr nützen, als das bloße Versprechen, es tun zu wollen. Taten zählen mehr als Worte. Es wäre unverantwortlich, sich mit irgendwelchen Spitzfindigkeiten diese Frage warm halten zu wollen. Es gibt genug Themen, die man auf die Wahlkampfabendagenda setzen kann.

Was spricht aus Ihrer Sicht für die Rückkehr zur Parität?

Die flächendeckende Erhöhung der Zusatzbeiträge Anfang des Jahres war nur der Anfang. Alle Fachleute gehen davon aus, dass diese einseitige Belastung weiter steigen wird. Aber das Einfrieren des Arbeitgeberanteils ist nicht nur eine Frage der Finanzierungstechnik. In der Sozialstaatsdebatte wurde der Grundsatz der Parität einmal sehr treffend als Friedensformel der sozialen Marktwirtschaft bezeichnet. Die gleichmäßige Belastung hat Arbeitgeber und Arbeitnehmer dazu gebracht, gemeinsam die Grundelemente unseres Wirtschaftssystems zu akzeptieren und weiter zu entwickeln. Es geht also um ein wesentliches gesellschaftspolitisches Prinzip.

Pardon, aber ist das nicht ein wenig hoch gegriffen?

Ich könnte ihnen Recht geben, wenn unser Sozialsystem eine reine Fürsorgeeinrichtung für Hilfebedürftige wäre. Der deutsche Sozialstaat ist jedoch für die gesamte Gesellschaft relevant, er basiert eben nicht nur auf dem Fürsorge- sondern auch auf dem Leistungsprinzip. Denken Sie an die Rentenversicherung: Je mehr man einzahlt, desto höher ist die Rente. Die Parität ist also Teil ei-



„Pharmaindustrie, Kliniken oder Apotheker gewinnen an Einfluss“, kritisiert Urban. DPA

nes gesamtgesellschaftlichen Konsenses. Die Gewerkschaften haben ein hohes Interesse daran, dass die Arbeitgeber hier weiter mit im Boot sind.

Die Arbeitgeber sind ja weiter im Boot, nur ihr Finanzierungsanteil sinkt.

Dadurch, dass ihr Anteil eingefroren ist, verlieren die Arbeitgeber jegliches Interesse an einer umsichtigen Ausgabenpolitik in der Krankenversicherung. Es ist jetzt schon zu spüren, dass Pharmaindustrie, Kliniken oder Apotheker an Einfluss gewinnen. Sie wurden

früher durch das Arbeitgeberlager in Schach gehalten. Aber nun, wo die Versicherten alle Kostensteigerungen allein zahlen müssen, fehlt dieses Korrektiv.

Die Wirtschaft gibt vor, es sei für sie überlebenswichtig, dass die Lohnnebenkosten stabil bleiben.

Die Diskussion über Lohnnebenkosten ist nun wirklich von gestern. Die enorme Stärke unserer Exportindustrie ist doch ein eindrucksvoller Beleg dafür, dass deutsche Produkte auch mit der hiesigen Kostenstruktur international äußerst konkurrenzfähig

sind. Im Übrigen hat es in den letzten Jahren bei den Lohnnebenkosten eine massive Entlastung der Arbeitgeber gegeben.

Als Argument wird auch vorgebracht, die Arbeitgeber zahlen bereits allein die Unfallversicherung und die sechswöchige Lohnfortzahlung bei Krankheit.

Bei der Unfallversicherung geht es um etwas ganz anderes: Der Arbeitgeber steht in der Haftung für gefahrlose Arbeitsbedingungen. Dieses Risiko überträgt er auf die Berufsgenossenschaft, wofür er Beiträge zahlt. Die Lohnfortzahlung ergibt sich aus der Fürsorgepflicht des Arbeitgebers für den einzelnen Mitarbeiter. Das ist keine Beteiligung an der allgemeinen Gesundheitsversorgung und hat mit der Frage der Parität nichts zu tun.



Hans-Jürgen Urban, Vorstandsmitglied der IG Metall

Sehen Sie eine Chance, dass es noch in dieser Wahlperiode zu Änderungen kommt?

Die Empörung und die Erwartungshaltung der Bevölkerung sind groß, weil die Ungerechtigkeit durch die Erhöhung der Zusatzbeiträge nun auch im Portemonnaie spürbar ist. Es gibt zudem bei der IG Metall und den anderen Gewerkschaften die große Bereitschaft, die Fehlentscheidung zu skandalisieren und die Politik unter Druck zu setzen. Bis die Parität wieder gilt, fordern wir, dass sich die unterschiedlichen finanziellen Beiträge auch in den Entscheidungsstrukturen der Krankenkassen widerspiegeln müssen. In Finanzfragen müssen die Versichertenvertreter in den Verwaltungsräten der Krankenkassen mehr und die Vertreter der Arbeitgeber weniger Stimmgewicht bekommen. Wer nicht zu gleichen Teilen zahlt, kann nicht erwarten, gleichberechtigt mitentscheiden zu können.

Interview: Timot Szent-Ivanyi

Feurige Kohle-Debatte

Im Ringen der DGB-Gewerkschaften um die Energiepolitik will Verdi Entscheidungen treffen

Von Joachim Wille

Die Debatte über den Kohle-Ausstieg spitzt sich nun auch bei der Dienstleistungsgewerkschaft Verdi zu. Der Gewerkschaftsrat will im März die energiepolitischen Grundsatzpositionen festlegen, wie das Online-Magazin „Klimaretter“ erfuh. Zur Debatte steht auch ein Antrag, wonach der Ausstieg aus der klimaschädlichen Braunkohle-Verstromung schnellstens zu vollziehen sei. Die Erschließung neuer Tagebaue müsse unterbleiben, bereits bestehende überprüft werden, heißt es darin. Der

Strukturwandel bedürfe der Gestaltung und dürfe nicht zu Lasten der Arbeitnehmer gehen.

Wegen des Kohle-Kurses von Verdi gab es beim Bundeskongress der Gewerkschaft in Leipzig im September Konflikte. Damals wurden zwei Änderungsanträge zum Leittrag des Vorstandes zur Energie- und Klimapolitik eingebracht – einer eher pro Kohle, einer eher contra. Das Thema wurde in Leipzig aus Zeitgründen aber nicht mehr behandelt. Im Leittrag heißt es, für die Gestaltung einer CO₂-armen Energieerzeugung seien „weiterhin flexibel einsetzbare Kraftwer-

ke“ nötig, die „hocheffizient“ Strom erzeugten. Dazu gehörten Braunkohle- und Steinkohlekraftwerke. Nun beschließt über den Energiekurs also der Gewerkschaftsrat, das höchste Organ der Organisation zwischen den Bundeskongressen, die alle vier Jahre stattfinden.

Die Unterstützer des Contra-Antrags haben auf dem Internetportal Compact eine Online-Petition gestartet. Sie appellieren an den Gewerkschaftsrat, den „Pro-Kohle-Kurs“ von Verdi endlich zu beenden. Auch mit Blick auf die laufende bundespolitische Gesetzgebung zu Kohlekraftwerken

sei ein klimafreundliches Signal dringend erforderlich. Nach dem Paris-Klimagipfel müssten Taten folgen. „Das Klima wartet nicht“, heißt es in der Petition.

Unterdessen hat Verdi-Energieexperte Reinhard Klopffleisch erklärt, dass ein Ausstieg aus der Braunkohle- und Steinkohle-Verstromung, verteilt über Jahrzehnte, ohne betriebsbedingte Kündigungen machbar sei. Der Staat müsse dafür aber Abfindungen, Vorruhestandsgelder und Umschulungen bezahlen.

Im Deutschen Gewerkschaftsbund verteidigt die IG BCE die Kohle-Verstromung vehement.